

10000

1918-1919

10 1/2 - 30 1/2

Wohnungsfrage

6

6

„Wohnungsverband“

Von  
eh. Regierungsrat Dr. Georg  
Bürgermeister in Berlin.

Es ist das alte Leidl Maßnahmen, die irgendwo in Groß-Berlin höchst vernünftig, ja notwendig erscheinen, können zu Halbheiten, ja Verzerrungen werden, wenn sie ohne Rücksicht auf andere Teile von Groß-Berlin Platz greifen.

So steht's auch gegenüber der für Groß-Berlin (wie überall in Deutschland) befürchteten Wohnungsnot. Wenn eine der 28 Gemeinden mit Rücksicht auf eine in ihrem Weichbilde gelegene Fabrik, die erheblichen Arbeiterzug verspricht, 200 kleine Wohnungen bauen will, so kann das klug und weise sein. Wenn aber, vielleicht hart an der Grenze, die Nachbargemeinde um eben dieser Fabrik willen abermals 200 Wohnungen baut, wäre das vermutlich eine höchst unwirtschaftliche Maßnahme. Man entgegnet: die Gemeinden müßten sich natürlich verständigen. Ganz richtig. Aber wer zwingt sie dazu? Wann ist überhaupt der Augenblick gekommen, wo sie gegenseitig von ihren Plänen erfahren? Und weiter: Reich und Staat haben viele Millionen zur Verfügung gestellt, um damit, wenn die Gemeinden mithelfen, den daniederliegenden Wohnungsbau zugunsten der so dringender erforderlichen Kleinwohnungen wieder zu beleben. Denn wegen der ungeheuer gestiegenen Laufen kann heute allein auf eigenes Risiko kein Unternehmer den Bau wagen; er würde in den Mieten nie eine Verzinsung der aufgewendeten Gelder erhoffen dürfen.) Wenn die Gemeinden mithelfen... Nun gut. Viele Gemeinden denken sozial genug, um mithelfen zu wollen. Alle sind vielleicht sozial genug dazu. Und nun läuft jede zu Reich und Staat und erbittet für ihr Gebiet und ihre Pläne die verheißene öffentliche Hilfe! So jerrn alle auf einmal an der Decke, die für alle bestimmt ist, ja, wenn sie tüchtig sind, suchen vielleicht sogar eine hinter dem Rücken der nächsten den anderen den Rang dabei abzulaufen. Das wäre ungesund. Es müßte also die Staatsweisheit vom grünen Tisch kommen und die Ansprüche gegeneinander abmessen, statt daß dies bereits dort geschieht, wo infolge unmittelbarer Berührung mit den Beteiligten die eigentliche Sach- und Ortskenntnis beruht, in den Gemeinden. Was also natürlicher, als daß sich alle die, die es angeht, in Groß-Berlin um einen Tisch zusammensetzen und gemeinsam beraten, wo am zweckmäßigsten zu bauen ist, und was zu bauen ist? Denn da es sich um eine sehr aktuelle Not handelt, müssen grundsätzlich alle Mittel erwogen werden, die rasch zur Abstellung führen könnten, als da sind: Ausbau von Läden, von leerstehenden Fabriken, von Dachgeschossen, von (gelegentlich vielleicht) Kellerräumen, Errichtung von Baracken oder sonstigen Fachwerkbauten, Bau von Dauerhäusern mit kleinen Wohnungen u. a. m. Was im einzelnen Fall zweckmäßig zu wählen wäre, das soll eben in gemeinsamer Aussprache gefunden werden.

Aus solchen Gedanken heraus ist der Wunsch nach Schaffung eines Wohnungs-Verbandes geboren, der die Groß-Berliner Gemeinden (einschl. Spandau) und die beiden Kreise umfassen soll. Im allgemeinen hat er erfreulicherweise zustimmende Aufnahme gefunden. In der letzten Sitzung am Sonnabend blieben nur noch 3 Bedenken wach. Diese aber sind von Erwägungen diktiert, die theoretisch berechtigt, praktisch doch in sich zusammenfallen werden, wenn man für die Verfassung des Verbandes die richtige Formel findet.

Eins war die Befürchtung einzelner eifriger Gemeinden, es könnten die Maßnahmen, die sie bereits getroffen haben, ihnen bei der gemeinsamen Rechnung sozusagen nicht zu Buche schlagen, indem man ohne Rücksicht auf bereits Gechehenes sie gleich den andern an den gemeinsamen neuen Maßnahmen teilzunehmen nötigte. Diesen Gedanken aussprechen, heißt schon ihn überwunden haben. Denn es ist doch selbstverständlich, daß man solche Schildbürgerlei nicht begehen wird. So ist denn auch einmütig neulich die Berechtigung des in jener Befürchtung liegenden Gedankens anerkannt worden, und bereits eine Fassung gefunden, die dem Rechnung trägt.

Die zweite war die Erwägung, es könnte einer Gemeinde durch Gemeinschaftsbeschluß der anderen allzuviel in Hinsicht der Schaffung von Wohngelegenheiten zugemutet werden. Namentlich die Gemeinden, die schon vom Frieden her reichlich mit Kleinwohnungen versehen sind, hatten in dieser Hinsicht Besorgnisse. Auch hier darf man wohl sagen: es ist doch selbstverständlich, daß solche Tatsachen nicht übersehen werden dürfen.